

## In Kürze

## Steuerreform zeigt Wirkung

**Kanton.** Mit der dieses Jahr in Kraft getretenen Steuerreform werden im Kanton Schwyz neben den natürlichen Personen insbesondere die juristischen Personen entlastet. Durch die Reduktion des Gewinnsteuersatzes und der Anrechenbarkeit der Gewinn- an die Minimalsteuer ergibt sich eine durchschnittliche Entlastung der Unternehmen von rund 45 Prozent, teilt die Staatskanzlei mit. Die neuesten Zahlen des BAK (Bakbasel Economics AG) Taxation Index für alle Schweizer Kantone zeigt, dass der Kanton Schwyz mit der Steuerreform 2010 im gesamt-schweizerischen Vergleich für Unternehmen noch attraktiver geworden ist und nun definitiv zu den steuergünstigsten Kantonen überhaupt zu zählen ist. Einige Gemeinden des Kantons Schwyz sind sogar die steuergünstigsten der Schweiz. Für juristische Personen kommen zwei wesentliche Änderungen zum Tragen: Einerseits wird der Gewinnsteuersatz von bisher 4 auf 2,25 Prozent reduziert. Andererseits ist die Anrechnung der Gewinn- an die Minimalsteuer zu nennen./red.

## Abbruch kostet 1000 Franken

**Kanton.** Wer im Kanton Schwyz nach der obligatorischen Schulzeit ein schulisches Brückenangebot besucht und dieses vorzeitig wieder verlassen will, muss eine Gebühr von 1000 Franken zahlen. Der Regierungsrat hat das Reglement über die Brückenangebote an den Berufsschulen geändert. Laut Benno Kälin vom Amt für Berufsbildung kam es immer wieder vor, dass Schüler nach wenigen Monaten ausstiegen, weil sie einen Ausbildungsplatz gefunden hatten. Die Gebühr von 1000 Franken sei als Abgeltung für den Aufwand der Schule gedacht./jā.

## Auf Abgabe wird nicht verzichtet

**Kanton.** Der Schwyzer FDP-Kantonsrat Christoph Weber und mehrere Mitunterzeichner forderten vom Regierungsrat den Verzicht auf die Vorteilsabgabe. Sie ist von einem Bauherrn zu entrichten, wenn er eine Zufahrt in eine Kantonsstrasse oder Gemeindestrasse bauen darf. Kanton und Gemeinden erzielen daraus jedes Jahr sechsstellige Einnahmen. 2008 waren es 125'000 Franken beim Kanton und 107'000 Franken in den Gemeinden. 2006 nahmen Kanton und Gemeinden daraus sogar 610'000 Franken ein. Die Vorteilsabgabe wurde 2000 eingeführt. In der Antwort auf Webers Motion schlägt nun die Regierung dem Kantonsrat vor, die Vorteilsabgabe beizubehalten. Sie sei verfassungsmässig und gleiche Vor- und Nachteile aus, die durch Planungen gemäss dem Raumplanungsgesetz entstehen können. Zudem sei die Anzahl vorteilsabgabepflichtiger Bauvorhaben gering. «Eine hemmende Wirkung der Vorteilsabgabe auf die Bauwirtschaft kann daher ausgeschlossen werden», schreibt der Regierungsrat./s.

## Finanzausgleich

**Kanton.** Der Finanzausgleich innerhalb des Kantons Schwyz hat sich in den letzten acht Jahren bewährt. Zu dieser Auffassung kommt der Regierungsrat in der Antwort auf parlamentarische Vorstösse. «Der Abbau übermässiger Unterschiede der Steuerbelastung von Bezirken und Gemeinden ist auf gutem Weg», schreibt der Regierungsrat. «Alle Gemeinden, die Ausgleichsleistungen beziehen, konnten den Steuerfuss reduzieren.» Auch die Belastung jener finanzstarken Gemeinden, die diesen Ausgleich finanzieren, sei tragbar./s.

## Spenden für Augenranke

**Kanton.** Die Einwohner des Kantons Schwyz vertrauten 2009 78'052 Franken der CBM Christoffel Blindenmission an. Das Geld wird für Augenranke und Blinde in Entwicklungsgebieten genutzt. Dies schreiben die Verantwortlichen der Mission in einer Mitteilung. Die Spenden der Schwyzer könnten 1561 Operationen am grauen Star gleichgesetzt werden./(Mitg.)

## Grosse Unruhe im Bistum Chur: Ein Hardliner könnte zweiter Weihbischof werden. Kritiker befürchten, Zürich und die Urschweiz könnten sich abspalten wollen.

NLZ. Die Zeichen stehen auf Sturm. Am Dienstag ging Werner Inderbitzin, Sprecher der Biberbrugger Konferenz und damit der Vereinigung der katholischen Kantonalkirchen des Bistums Chur, an die Öffentlichkeit. Er zeigte sich besorgt über das unbestätigte Gerücht, wonach der in Kirchenkreisen als Hardliner geltende Martin Grichting, Generalvikar des Bistums Chur, von Bischof Vitus Huonder zum zweiten Weihbischof in Chur vorgeschlagen werden soll.

Am Mittwoch meldeten sich die Dekane der Urschweiz (Innerschwyz, Ausserschwyz, Uri, Nidwalden und Obwalden) zu Wort. In einer Stellungnahme schreiben sie: «Mit grösster Sorge haben wir von den Bestrebungen gehört, Generalvikar Dr. Martin Grichting zum zweiten Weihbischof für das Bistum Chur zu ernennen.» Es sei völlig unverständlich, dass ein solcher Schritt erwogen werde. Denn der Widerstand gegen Martin Grichting sei im Bistum ausserordentlich gross. Die Dekane bezeichnen Grichting als eine Person, die spaltet. «Wir benötigen aber dringend Bischöfe, die fähig und willens sind, Brücken zu bauen. Wir sind überzeugt, dass eine solche Ernennung die Diözese Chur in eine tiefe Krise führen würde.»

## Die Regierung will die Sonderpädagogik in den Schulen verbessern

## Kindern mit Schwächen in einzelnen Fächern kann geholfen werden. Aus dem Kantonsrat werden hier Verbesserungen gefordert.

s. Die Forderung kommt von Kantonsrat Elmar Schwyter aus Lachen. Er sitzt auch im kantonalen Erziehungsrat und weiss darum, wovon er schreibt, wenn er an den Schwyzer Schulen Kritik übt: «Auf der Primarstufe fällt auf, dass zunehmend integriert wird. Das heisst, die Kleinklassen verschwinden.»

## Zunehmende Integration

Dabei könnten in diesen Kleinklassen Kinder mit Schwächen in einzelnen Bereichen besonders gut

## Nächstes Jahr könnte der Verein Frauennetz Kanton Schwyz sein 10-Jahr-Jubiläum feiern. Ob es dazu noch kommen wird, ist ungewiss.

jā. Die Schweiz wird möglicherweise bald von vier oder fünf Bundesrätinnen regiert werden. Meinungsumfragen zu einer möglichen Frauenmehrheit im Bundesrat füllen zurzeit die Zeitungsspalten. Im Kanton Schwyz hingegen wirft die Tatsache, dass auch nach den Erstwahlen vom 13. Juni keine einzige Frau in der Regierung sitzt, keine hohen Wellen. Und dies, obwohl Schwyz inzwischen der einzige Kanton ist, dessen Regierungsrat aus lauter Männern besteht.

Wenig Echo rief bisher auch der Aufruf des Frauennetzes hervor, das dringend eine neue Präsidentin sucht. Seit Birgitta Michel The-

## Politiker sollen Grichting stoppen

Gerüchten zufolge soll Martin Grichting Weihbischof werden

Konrad Burri, Dekan von Innerschwyz, hofft nun, dass die Botschaft gehört wird. «Denn mehr Druck können wir nicht ausüben. Da sind uns die Hände gebunden», sagt Burri.

Kath.net, ein österreichisches, katholisches Internetportal, titelte gestern: «Die Staatskirche im Bistum Chur veranstaltet (wieder einmal) ein öffentliches Mobbing gegen einen romtreuen Priester, der möglicherweise Weihbischof werden könnte.» Von Mobbing will Konrad Burri nichts wissen: Man dürfe doch seine freie Meinung zu einer Person äussern. Denn eine Kirche, die nur von oben gesteuert werde, funktioniere nicht. «Wir wollen klar, dass das Volk ernst genommen wird.»

## Generalvikar zeigt sich entsetzt

Auch Martin Kopp, Generalvikar und damit bischöflicher Beauftragter für die Kantone Schwyz, Uri, Obwalden und Nidwalden, zeigt sich äusserst besorgt. «Das Ganze wurde einmal mehr seitens des Bistums unter Ausschluss der engsten Mitarbeiter geplant. Und ausgerechnet so terminiert, dass alle in den Sommerferien sind.» An der Wahrheit der Gerüchte über Grichtings Ernennung zum Weihbischof zweifelt Kopp nicht. Er hält die Wahl für problematisch: Im Vorfeld sei wiederholt von einer breiten Mehrheit im Bistum und öfters in deutlichen Worten darauf hingewiesen worden, dass von einer solchen Wahl abzusehen sei. Der Stein des Anstosses: Grichting ist ein erklärter Gegner der Staatskirche, dem weltlichen und demo-

kratisch organisierten Teil der Kirche. «Würde Grichting zum Weihbischof gewählt, wären viele Geistliche vor den Kopf gestossen», so Kopp.

Ähnlichkeiten zwischen dem ehemaligen Churer Bischof Wolfgang Haas und Martin Grichting will Martin Kopp aber nicht ausmachen. Diese Persönlichkeiten seien sehr verschieden, sagt er, auch mit Blick auf Martin Grichting. «Grichting ist viel intelligenter und fleissiger als Haas. Weil er vor allem in einer wichtigen Sache auch noch eine Extremposition vertritt, wird er von vielen gefürchtet.»

## Die Drohung lautet Ablösung

Für Kopp ist klar: Es geht für Bischof Huonder darum, in seiner Position besser unterstützt zu werden. Anders sei nicht zu erklären, weshalb er fürs Bistum Chur einen zweiten Weihbischof wolle. Doch Kopp hält eine solche Wahl für unnötig. Sollte Grichting zum zweiten Weihbischof ernannt werden, gefährde dies den Frieden im Bistum.

«Schon länger strebt man in Zürich ein eigenes Bistum an. Grichtings allfällige Ernennung würde einer solchen Bewegung auch in der Urschweiz Aufwind geben.» Wo würde er in einem solchen Fall stehen? «Mein Job als Generalvikar ist es, den Laden zusammenzuhalten. Aber ich verstehe, wenn dann andere an einer Loslösung von Chur arbeiten würden.»

## Bundesräte sollen schlichten

Verstärkung erhalten die Kirchen-

# Förderung für Teilschwache

Die Regierung will die Sonderpädagogik in den Schulen verbessern

gefördert werden. Hinzu kommt, dass seit 2006 auch geistig behinderte und schwer verhaltensauffällige Sonderschüler in die normalen Klassen aufgenommen werden. Was für die Klassenlehrer viel Mehraufwand nach sich zieht und das Niveau der Klassen senkt. Schwyter kritisiert auch, dass in den Oberstufen die bisherigen Werkklassen zunehmend verschwinden.

Dafür würden dann die Realklassen zunehmend von Schülern besucht, «die dem Stoff nicht oder nur noch teilweise zu folgen vermögen».

## Bund verlangt die Integration

Schwyter fordert darum Verbesserungen in diesem Bereich. Diese Verbesserungen verspricht jetzt die

Regierung und schlägt dem Kantonsrat vor, Schwyters Postulat erheblich zu erklären. Dabei allerdings verweist die Regierung auf einen Auftrag des Bundes, die behinderten Kinder und Jugendlichen ins lokale Schulangebot zu integrieren. Allerdings seien dabei bessere Feinsteuerungen möglich. Jedenfalls soll jetzt das Bildungsdepartement das gesamte heutige sonderpädagogische Konzept überprüfen.

## Sprachheilschule Steinen

Der Regierungsrat will die heilpädagogische Früherziehung neu ausgestalten. Für Kinder mit Sprachschwächen will der Regierungsrat auch prüfen, ob die Sprachheilschule Steinen neu positioniert und künftig als Tagesschule für Kinder mit schweren Kommunikations-

träger von Politikern. Der ehemalige Schwyzer Regierungsrat Werner Inderbitzin, der Sprecher der Biberbrugger Konferenz und Präsident der Schwyzer Kantonalkirche, will jetzt alle Hebel in Bewegung setzen, damit diese Wahl verunmöglicht wird. Gegenüber unserer Zeitung hat er am Mittwoch angekündigt, gegebenenfalls sogar Bundespräsidentin Doris Leuthard einzuspannen. «Sicher werden wir noch diese Woche die Kantonsregierungen des Bistums kontaktieren, damit sie sich für unser Anliegen einsetzen», sagt Inderbitzin.

Schon 2008 sahen sich Politiker dazu veranlasst, in Rom persönlich vorzusprechen. Bundespräsident Pascal Couchepin persönlich intervenierte in Rom gegen Huonders Bitte, Grichting zum Weihbischof zu machen. Von den betroffenen Zentralschweizer Kantonsregierungen Uri, Schwyz, Nidwalden und Obwalden war gestern nur Bildungs- und Kulturdirektor Josef Arnold erreichbar. Dieser sagt: «Die demokratische Mitsprache an der Basis muss wie in der Politik auch in der Kirche gewährleistet sein.» Und dafür wolle er sich als Regierungsrat notfalls einsetzen.

Das Bistum Chur will zum Fall keine Stellung nehmen, wie der in den Ferien weilende Mediensprecher und Domherr Christoph Casetti am Telefon sagte. Auch der eigentliche Hauptakteur Martin Grichting äussert sich nicht zu den Wirren, die um seine Person und eine allfällige Wahl entstanden sind.

## Eine langsamere Entwertung

## Der Kanton Schwyz schreibt seine Anlagen und Liegenschaften jeweils sehr schnell ab. Jetzt wird hier eine Änderung angestrebt.

s. Die Prozentsätze stehen so seit 2003 im kantonalen Gesetz über den Finanzhaushalt: Investitionen im Verwaltungsvermögen müssen jährlich mit acht Prozent des Restbuchwertes abgeschrieben, also buchhalterisch entwertet werden. Bei Mobilien und Maschinen beträgt der Abschreibungssatz sogar 20 und bei Investitionsbeiträgen 25 Prozent. «Dies hat zur Folge, dass bereits nach acht Jahren rund die Hälfte einer Investition abgeschrieben ist», stellten die beiden Schwyzer FDP-Kantonsräte Rolf Bolfiging und Christoph Weber letzten Januar in einer Motion fest.

«Der Buchwert ist deshalb massiv tiefer als der Wiederbeschaffungswert und es werden so de facto stille Reserven gebildet.» Die grösste finanzielle Belastung trage also jene Generation, welche die Investition beschliesst. «Der Lebensdauer der Projekte wird dadurch zu wenig Beachtung geschenkt.» Wenn zudem künftig besser auf die tatsächliche Lebensdauer eines Projekts eingegangen würde, so könnte dies dämpfend bei der Steuer- und Gebühnrenentwicklung sein. Darum solle der Kanton seine Abschreibungsvorschriften überprüfen, forderte die Motion.

## Regierung lenkt ein

Auf diese Forderung will nun die Regierung eingehen. Sie schlägt dem Kantonsrat vor, die Motion von Bolfiging und Weber erheblich zu erklären. Dann könne eine Teilrevision des kantonalen Finanzhaushaltsgesetzes angepackt werden. Dabei würde der Kanton von seiner heutigen degressiven Abschreibungsmethode abkehren, welche die jährlichen Abschreibungsraten fortlaufend verringert und nur anfänglich hohe Raten vorsieht. Möglich würde dies mit der Einführung einer linearen Abschreibung. Sie würde dafür sorgen, dass die jährlichen Abschreibungsraten über die gesamte Laufzeit gleich hoch bleiben.

Damit kann der Kanton auch auf eine Empfehlung der Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren eingehen. Sie schlägt den Kantonen und Gemeinden eine neue Form der Rechnungslegung vor. Es solle in Anlehnung an die Privatwirtschaft ein neuer Rechnungsaufbau mit Erfolgsrechnung, Bilanz und Geldflussrechnung geschaffen werden. Dabei spiele der Wechsel der Abschreibungsmethode hin zum linearen Modell eine wichtige Rolle.

Der Wechsel zur linearen Abschreibungsmethode allerdings soll noch vor der Einführung eines neuen Rechnungsmodells vollzogen werden.

# Entweder Jubiläumsfeier oder Auflösung

Schwyzer Frauennetz: Präsidium ist verwaist – Verein startet einen Aufruf

nen, Rickenbach, im Januar demissionierte, ist das Präsidium verwaist. Dabei könnte der Verein im nächsten Jahr sein 10-jähriges Bestehen feiern. Anlässlich der Frauensession der Gleichstellungskommission 2001 wurde der Verein Frauennetz gegründet. Sein Ziel ist es, den Frauenanteil in den politischen Ämtern im Kanton auf mindestens 30 Prozent zu erhöhen.

Das Frauennetz will Frauen mit verschiedenen Aktionen und Kursen ermutigen, öffentliche Ämter zu übernehmen und sie in ihrem Engagement unterstützen. Um die Vernetzung von Frauen zu stärken, wurde eine spezielle Fachfrauen-Datenbank eingerichtet.

## 30 Jahre reichen nicht

Das 30-Prozent-Ziel ist im Kanton Schwyz noch längst nicht erreicht – auch im Kantonsrat und in den Gemeinderäten liegt der Frauenanteil weit tiefer. «Wenn es im bis-

herigen Tempo weitergeht, reichen die nächsten 30 Jahre nicht aus, um die 30 Prozent zu erreichen», sagt Birgitta Michel Thenen.

Zu tun hätte das Frauennetz also genug, dennoch ist seine Zukunft höchst ungewiss. Der Grund: Die kantonale Gleichstellungskommission steht laut Michel nicht mehr hinter ihrer Tochter Frauennetz. Die neuen Mitglieder der Kommission würden die Frauennetz-Aufgaben lieber selber übernehmen, glaubt Michel.

## Das Frauennetz aushungern?

Auch die bisherige finanzielle Unterstützung stehe zur Diskussion. Die Gleichstellungskommission bezahlte dem Frauennetz bis anhin einen jährlichen Sockelbetrag von 5000 Franken; dazu kamen je nach Jahresprogramm weitere Beiträge. In einem Wahljahr summierte sich das laut Michel auf bis zu 15'000 Franken. Wenn die

Gleichstellungskommission das Frauennetz finanziell aushungern wolle, werde man den Verein wohl auflösen müssen, sagt Birgitta Michel Thenen.

Sie persönlich würde das als bitter empfinden, vor allem, weil das überparteiliche Frauennetz breiter akzeptiert worden sei als die Gleichstellungskommission. Und das Wahlergebnis vom 13. Juni habe klar gezeigt, dass ein politisches Frauennetzwerk weiterhin dringend nötig wäre. Falls eine neue Präsidentin gefunden werden könne, müsse sie zu Beginn vor allem eines tun: mit der Gleichstellungskommission über die Zukunft verhandeln.

«Wir wären froh, wenn das Frauennetz seine Aufgaben wahrnehmen würde», sagt demgegenüber Antonia Betschart, die Präsidentin der Schwyzer Gleichstellungskommission. Leider sei der Verein Frauennetz aber seit Anfang Jahr führungslos und deshalb faktisch

handlungsunfähig. Dabei wäre das Engagement des Frauennetzes gerade in den beiden Wahlgängen für die zwei Regierungsratssitze dringend nötig gewesen. Für Betschart ist deshalb klar: «Wenn das Frauennetz nicht bald eine Präsidentin findet, wird die Gleichstellungskommission die Aufgaben an sich nehmen.»

## Nicht mehr so nahe

Auf die Frage, ob die Gleichstellungskommission das Frauennetz finanziell aushungern wolle, sagte Antonia Betschart, der Grundbeitrag von 5000 Franken sei unbestritten. Diskussionen gebe es allenfalls über die weiteren Beiträge an spezielle Aktionen des Frauennetzes.

Diese fänden halt nicht immer alle Kommissionsmitglieder sinnvoll. Von Krach will Betschart dennoch nicht sprechen. Sie sagt nur: «Wir waren sicher schon mal näher beieinander.»